

Matthias Strolz

Republik Europa: Nicht verliebt, sondern Liebe

Meine Vision für
Europa heißt
»Europäische Republik«.

» **Nein, wir tragen
keine rosarote
Brille.**«

Matthias Strolz

war bis Juni 2018 Vorsitzender der von ihm mitgegründeten Partei und Bürger_innenbewegung NEOS.

Wir lieben Europa. Für diesen Satz wurde ich schon oft belächelt, als naiv abgetan. Es gab Stimmen, die sagten, eine zu stark proeuropäische Haltung wäre sogar kontraproduktiv für unsere politische Bewegung, sie würde keine Wählerstimmen bringen. Das Thema Europa wäre nicht emotional genug, damit erreiche man die Menschen nicht. Wir sollten das doch lieber lassen.

Aber: Wir lieben Europa.

Das ist kein naives, blindes Verliebtsein, das gefühlsmäßig und mit Schmetterlingen im Bauch einer Brüssel-Idealisierung huldigt. Nein, wir tragen keine rosarote Brille. Wir stehen aufrecht pink – in einer tiefen, innigen Beziehung mit Europa. Wir wissen, wir gehören zusammen. Lebenslänglich. Alles andere wäre eine Tragödie. Und wir sind bereit, jeden Tag für diese Beziehung zu arbeiten. Wie das halt im echten Leben so ist, wenn man will, dass Beziehungen gut und nachhaltig funktionieren. Liebe ist Leidenschaft. Und Arbeit.

Es ist eine unbeugsame Überzeugung

Es leitet uns die unbeugsame Überzeugung, dass Österreich Europa braucht, so wie Europa Österreich braucht. Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft – geografisch, geschichtlich, alltäglich. Und unsere Aufgabe ist es, diese Gegebenheit immer wieder aufs Neue zu einer Chancengemeinschaft zu kultivieren.

ren. Da gibt es kein Zurücklehnen. Kein Schulterzucken. Kein Wegschauen. Ja, man kann Europa kritisieren. Man darf Europa kritisieren. Man muss Europa kritisieren, wenn wir unser Miteinander ernst nehmen. Da geht vieles zu langsam weiter, da fehlt es an handlungsleitenden Visionen, da mangelt es an kraftvollen Umsetzungen. Und wenn dann nur der schale Nachgeschmack von Bürokratismus, von mühseligen Verordnungen, von wichtigtuertischem Klein-Klein übrig bleibt, dann beschädigt dies das emotionale und faktische Fundament unserer Union.

Aufrichtige Beziehungsarbeit

Wir lieben Europa.

Aber liebt es unsere Bundesregierung auch? Es steht zumindest im Regierungsprogramm, dass man sich zu einem gemeinsamen Europa bekenne. Immerhin. Klingt gut, möchte man meinen. Damit ist den großen Skeptikern in Österreich und Europa der Wind aus den Segeln genommen. Österreich bleibt proeuropäisch. Zurück zur Arbeit. Es gibt nichts mehr zu sehen.

Und genau hier liegt das Problem. Ich kann seitens der Regierungsparteien das »Zurück zur Arbeit« nicht erkennen. Ich kann keine aufrichtige Beziehungsarbeit erkennen. Ich erkenne europäisches Trittbrettfahren dort, wo es gerade in das Konzept eines opportunistischen Machtplans passt. Und ich erkenne beziehungsschädliche Manöver dort, wo man auf Kosten des »Partners« politisches Kleingeld schlagen kann. Ideen und Maßnahmen, wie ein aktiver und konstruktiver Beitrag zur Weiterentwicklung der Europäischen Union geleistet werden kann, habe ich bislang von dieser Bundesregierung noch nicht gehört.

Ja, ein EU-Austritt Österreichs steht nicht zur Debatte – auch wenn die FPÖ noch im Jahr 2016 im Nationalrat dazu eine Volksbefragung beantragt hatte. Doch derzeit steht der Wind für derlei Agitation nicht gut; also runter mit den Öxit-Fah-

nen. Aber was soll man von einem Partner halten, der, sobald der Wind dafür günstig steht, die Scheidung propagiert? Sind das rosige Aussichten? Ist das die Basis für gelingende Beziehungsarbeit?

Doch die FPÖ weiß, so weit muss man gar nicht gehen. Man kann Europa auch von innen heraus zerstören. Ganz langsam. Schritt für Schritt. Und manche arbeiten recht aktiv daran. Der Juniorpartner dieser Bundesregierung sitzt im Europäischen Parlament mit ebenjenen Parteien in einer Fraktion, die genau das zum Ziel haben: Die »Zerstörung der Europäischen Union«. Die FPÖ stellt sogar den Vizepräsidenten der rechtspopulistischen Fraktion ENF. Und sie schickt just an dem Tag, an dem ÖVP und FPÖ ihr Regierungsabkommen präsentieren, einen Vertreter zu einem Kongress nach Prag, auf dem das Ende der EU als Ziel ausgegeben wird. Da passt doch etwas nicht zusammen. Vorsichtig formuliert.

Gerade im Kreise der europakritischen und europafeindlichen Kräfte sehen wir auch zunehmend Tendenzen, die in

**» Man kann Europa
auch von innen
heraus zerstören.
Schritt für Schritt.«**

Richtung »illiberale Demokratie« gehen. Viktor Orbán, ungarischer Regierungschef und »best buddy« von Kanzler Kurz und Vize Strache (die beiden stritten in einer ORF-Diskussion im Wahlkampf im Oktober 2017 darum, wer ihm nun persönlich näherstehe) – hat dies klar zu seinem Ideal ausgerufen. Alles andere ist quasi Weicheierei, wenn man ihn auf Stammtischniveau ausdeutschen darf. Doch den Damen und Herren Orbán, Le Pen, Strache, Wilders und ihresgleichen sei ausgerichtet: Es gibt keine illiberale Demokratie. Es gibt nur *eine* Demokratie – und in ihrem Herzen steht die Freiheit. Wer die Freiheit bekämpft, bekämpft die Demokratie.

Es muss uns bewusst sein, dass diese Kräfte kein Frühlingschnupfen für unsere »Europäische Idee« sind. Sie sind ein heftiger Virus. Und wenn er sich in unsere Republiken einschleicht, dann zeigt sich seine zersetzende Wucht. Viktor Orbán maßt sich an, kritische Zeitungen zu schließen. Er erteilt Maulkörbe an kritische Universitäten. Er bekämpft die organisierte Zivilgesellschaft. Seine polnischen »Freunde« untergra-

**» Es gibt keine illiberale Demokratie.
Im Herzen der
Demokratie steht
die Freiheit.«**

ben die Unabhängigkeit der Justiz und beginnen, die eigenen Landsleute zu bespitzeln, ob sie nun denn auch »gute Polen« seien. Und so muss uns klar sein, dass unser »European Way of Life« unter Druck kommt. Ob unsere Kinder, wenn sie einst so alt sind wie wir, in einer Demokratie leben werden oder in einem postdemokratischen Irgendwas, in einer gelenkten Demokratie zwischen Orbán und Putin, das halte ich derzeit für offen. Alles ist möglich in den nächsten Jahrzehnten. Umso wichtiger ist es, dass wir in Sachen Freiheit und Rechtsstaatlichkeit wachsam bleiben. Und wehrhaft. Unsere Botschaft an Kanzler Kurz und Vizekanzler Strache ist und bleibt daher: Zeige mir Deine Freunde, und ich sage Dir, wer Du bist! Wir werden unbeugsamen Widerstand leisten, wenn unsere Freiheits- und Bürgerrechte untergraben werden. Eine Orbánisierung Österreichs ist für uns keine Option.

Heimat auf dem Papier ist zu wenig

Wir lassen uns unsere Heimat nicht nehmen. Europa ist unsere Heimat. Ich sage mit großem Stolz, dass ich Vorarlberger bin; gleichzeitig Wiener, Österreicher und Europäer. Das geht sich alles aus. Ich bin nicht eindimensional. Europa ist für mich Wurzel und Flügel. Es hat mir so viel gegeben – an Chancen, an Erlebnissen, an Freuden, an Frieden, Schutz und Lebensqualität. Und es ist mein Traum, dass dies auch unsere Kinder einst so sagen können.

Es wäre zu wenig, wenn Europa aber nur auf dem Papier Heimat ist. Die zwölf goldenen Sterne auf blauem Grund sollen pulsieren – im konkreten Leben. Europa ist tägliche Realität, schon jetzt. Nur kommt es in der Wahrnehmung der Menschen oft nicht an. Zu lange bereits wird von vielen politischen und gesellschaftlichen Akteuren sowie Medien das Bild befördert, dass diese Union den Lobbyisten und den Bürokraten in einem sehr weit entfernten Brüssel gehöre, während die einzelnen Mitgliedstaaten sowie die Bevölkerung kaum etwas zu melden hätten. Es ist bequem, »denen in Brüssel« die Schuld

an neuen Verordnungen und allen möglichen (vermeintlichen) Fehlentwicklungen geben zu können. Und es ist leicht, davon abzulenken, dass »die in Brüssel« letztlich wir selbst sind – die Mitglieder unserer Regierungen. Doch diese Verantwortung wird nicht übernommen. Im Gegenteil, für den eigenen – nationalen – Wahlerfolg wird dieses Bild des »unnötigen Brüssel« nur allzu gern zusätzlich befeuert.

Es sind auch diese innenpolitischen und nationalstaatlichen Interessen, die dazu führen, dass Europa auf der politischen Weltbühne keine entschlossene Gestaltungsrolle einnehmen kann. Die 28 innenpolitischen Logiken blockieren eine kraftvolle, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Selbst in der Wirtschaftspolitik ist es ein Murksen. Das hat sich beim Freihandelsabkommen CETA gezeigt, das durch 42 nationale und regionale Parlamente musste – jedes einzelne mit einem Vetorecht ausgestattet. Dass sich zumindest in einem dieser Parlamente – damals war es die Wallonie – ein innenpolitischer Grund findet, so ein Abkommen zu blockieren, das liegt auf der Hand. Auch wenn eine Einigung in letzter Sekunde erzielt werden konnte – der Schaden war dennoch beträchtlich. Eine zukunftsfitte, entschlossene Union sieht jedenfalls anders aus. Auch der Umgang mit der Asyl- und Flüchtlingskrise war letztlich ein Desaster. Weder sind wir in der Frage eines gemeinsamen, einheitlichen Asylverfahrens weitergekommen, noch konnte jemals die beschlossene Aufteilung der Flüchtlinge umgesetzt werden. Ebenso kraftlos bleibt die gemeinsame Sicherung der Außengrenzen. Dafür zahlen wir milliardenschwere »Schutzgelder« an die Türkei, die sich vor unserer Haustür gerade als aggressive Diktatur neu erfindet.

Die Union ist nicht selbsterklärend

Am dringenden Reformbedarf der EU zweifelt wohl kaum jemand. Die Union ist für die meisten Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar, nicht selbsterklärend. Sie verste-

hen nicht, wofür man einen so engen Zusammenschluss der Staaten in Europa überhaupt braucht. Damit bleibt die Europäische Union ein leichtes Ziel für nationalpopulistische Verleumdungen aller Art.

Unsere Union braucht ein neues Narrativ und ein neues Setup – klar und greifbar. Jede Bürgerin, jeder Bürger muss Europa spüren können. Um Europa greifbar zu machen, um es erlebbar zu machen, wird ohnehin bereits an richtigen Hebeln angesetzt: bei der Jugend. Durch den Ausbau des Erasmus-Programms sollen künftig acht Millionen Jugendliche (statt bisher vier Millionen) in andere europäische Länder geschickt werden.

Auch der Versuch, durch Gratis-Interrail-Tickets jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, Europa zu entdecken und zu erleben, setzt richtig an. Sie sollen Europa mit seinen vielfältigen Kulturen kennen und lieben lernen und so ein Gespür für eine europäische Identität entwickeln. Eine Liebe für Europa, die die Breite der europäischen Gesellschaft umfasst, lässt sich nicht von oben herab oktroyieren. Nur wenn man Europa erlebt, es spürt, mit anderen Europäerinnen und Europäern in Kontakt kommt, nur dann hat man auch ein Verständnis für die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit dieses gemeinsamen Projekts und seine Weiterentwicklung. Das sind langfristige Maßnahmen, die hier ansetzen, aber sie sind so wichtig, um die Idee des gemeinsamen Europa nicht nur am Leben zu erhalten, sondern auch voranzubringen.

Meine Vision, wie sich Europa weiter entfalten soll, ist klar. Sie heißt »Europäische Republik«. Aus einem reinen Zusammenschluss von Nationalstaaten soll eine Republik der europäischen Bürgerinnen und Bürger werden. Die Macht geht von ihnen aus – und nicht mehr von den Nationalstaaten. Dieser Kontinent wird nicht dadurch stark, dass Stacheldraht rund um 28 – oder bald 27 – nationale Inseln aufgezogen wird. Dieser Kontinent wird dadurch stark, indem vorwärts gerichtete Antworten auf die Phänomene unserer Zeit wie Globalisierung und Digitalisierung gemeinsam kultiviert werden – mit

» **Meine Vision für Europa ist klar: Sie heißt ›Europäische Republik«.**«

europäischen Parteien, einem Europäischen Parlament und einer Europäischen Regierung. Dabei ist nicht die Rede von einem zentralistischen Superstaat, sondern von einer dezentralen Republik: getragen von starken Regionen, die sich um alltagsnahe Aufgaben kümmern – von Wohnpolitik über die Infrastruktur bis hin zu Arbeitsmarktinitiativen. Gleichzeitig sollen die großen Herausforderungen wie Sicherheit, Außenpolitik und die Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik umfassend gemeinsam organisiert sein.

Wird diese Republik auf dem Gebiet der EU-27 erstehen? Nein. Wie schon so oft in der europäischen Geschichte wird eine Gruppe vorangehen. Das haben wir bei der Montanunion (für Kohle und Stahl) gesehen, bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, bei den Schengener Abkommen und bei der Währungsunion. Ja, ich kann mir gut vorstellen, dass wir irgendwann einen gemeinsamen Pass mit Bürgerinnen und Bürgern in Flandern, Istrien, Bayern, der Normandie und Nordböhmen haben.

Ist das naiv? Werde ich das noch erleben? Ja, die Europäische Republik wird, davon bin ich überzeugt, wie Phönix aus der Asche der Eskalationen der nächsten Jahrzehnte aufsteigen. Wir werden in den kommenden Jahrzehnten durch kleine und große Schockwellen gehen. Die Flüchtlingskrise war so eine. Auch der Brexit ist ein solche. Weitere Schockwellen werden folgen – ob autoritäre Regierungen in EU-Mitgliedstaaten, Terroranschläge, Staatskrisen in Mitgliedsländern oder kriegerische Flächenbrände vor unserer Haustüre ... Wir leben in volatilen Zeiten. Und die Irritation ist die Mutter der Innovation. Letztere wird sich in Form bringen.

Bürgerinnen und Bürger auf diesem Kontinent werden an den Punkt kommen, an dem sie aufbegehren. Sie werden es in die Hand nehmen, so wie sie es in den vergangenen 2.500 Jahren immer wieder gemacht haben: Sie mischen sich direkt und unmittelbar in ihre eigenen Angelegenheiten ein. Sie rufen die Republik aus. Und das ist gut so.

Wir sind vom Miteinander überzeugt

So weit sind wir aber noch nicht. Um Europa voranzubringen, braucht es nicht nur langfristige Visionen, sondern auch kurz- bis mittelfristige Ideen. Wer Europa liebt, muss in der Lage sein, Fehler, Schwächen und Fehlentwicklungen in der Europäischen Union klar zu benennen. Konstruktiv und mit mutigen Ideen im Gepäck. Denn wir vergessen oft, dass die Europäische Union nicht an einem Tag geschaffen wurde: Sie ist das Ergebnis von Verhandlungen, Konflikten, Kompromissen und steten Reformen.

Deshalb müssen wir gerade in Krisenzeiten darüber nachdenken, was gut in unserem gemeinsamen Europa funktioniert und was wir verbessern müssen. Das fängt dabei an, dass wir die demokratisch gewählten Institutionen der EU stärken müssen. Das EU-Parlament soll ein Initiativrecht für Gesetze erhalten, wir wollen einen Europäischen Ministerrat schaffen und die Kommission zur wirklichen EU-Regierung umbauen.

Demokratisches Europa

Dann braucht es bei Europawahlen endlich europäische Listen – die Wählerinnen und Wähler sollen entscheiden können, wer sie am besten in der Union vertritt, unabhängig von der Nationalität der Kandidatinnen und Kandidaten. Und nicht zuletzt müssen wir die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vertiefen; mit dem mittelfristigen Ziel einer EU-Armee.

Die Grundvoraussetzung für all diese Reformen ist ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union: Die Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit können nicht nationale Alleingänge sein. Tragfähige Lösungen werden nur gemeinsam gelingen.

Von diesem Miteinander sind wir überzeugt. Zu dieser Beziehungsarbeit sind wir bereit. Ja, wir lieben Europa. Und wir werden daher auch nicht ruhen und das Gemeinsame weiter kultivieren. Denn dieses europäische Miteinander ist unser Fundament für Lebensqualität, für Wohlstand, für Frieden. Für unsere Generation und die Generation unserer Kinder. Vamos!